

**FDP**  
Die Liberalen



# SCHWYZER FREISINN

Schwyz	2/3	Bericht der DV in Brig	8/9	Wahlkampf-Mobilisierung	12/13	Unter Freisinnigen	16
Rückblick kantonale Wahlen	6/7	Page romande	10	Drei Werte: Gemeinsinn	14/15	Starker Standort Schweiz	22

7. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Schwyz

## Inhalt

### Die Weichen für die Schweiz werden gestellt

Petra Gössi: «Jetzt für ein bürgerliches Parlament kämpfen!»

Seite 2

### «Wir brauchen keine Staatssender!»

Interview mit Dominik Zehnder.

Seite 3

### Mobilisierung

Die kantonalen Wahlen haben es gezeigt: Die FDP kann mobilisieren! Doch erst recht jetzt dürfen wir uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Deshalb gilt: Engagieren Sie sich und tragen Sie mit uns zum Erfolg der FDP im Oktober bei!

Seite 13

### Drei Werte: Gemeinsinn

Gemeinsinn ist ein urliberaler Wert. Ein Wert, den wir täglich leben: Gemeinsinn ist, was uns antreibt, uns freiwillig für die FDP zu engagieren! Gemeinsinn bewegt uns, in der Politik, im Verein oder in der Nachbarschaft mitzuhelfen.

Seiten 14/15

## Die FDP mit zwei Frauen und zwei Männern

Die Liberalen des Kantons Schwyz steigen mit einem Viererticket in die Nationalratswahlen. Im Fokus steht klar die Wiederwahl von Petra Gössi.

### Roger Bürgler

An der Nominationsversammlung der FDP.Die Liberalen des Kantons Schwyz brachte es der frühere Kantonalpräsident und heutige FDP-Vizepräsident Vincenzo Pedrazzini (Wolterau) auf den Punkt: «Trotz einem Siegeszug in den Kantonen Baselland, Luzern, Zürich und Tessin dürfen wir jetzt nicht überheblich werden. Wir müssen konsequent unsere Ziele weiter verfolgen und auch mobilisieren.» Das erklärte Ziel sei, die zweitstärkste Partei im Land zu werden.

### Starker Support für Petra Gössi

Die Delegierten der FDP.Die Liberalen hatten im Hotel Wysses Rössli in Schwyz in erster Linie die Nominierungen für die National- und Ständeratswahlen vorzunehmen. Dabei wurde schnell klar, dass die FDP des Kantons Schwyz ihren Fokus auf die Nationalratswahlen legen. Hier gelte es, den Sitz von Nationalrätin und Parteipräsidentin Petra Gössi (Küssnacht) zu sichern. «Sie ist jene Parlamentarierin, der es zu verdanken ist, dass der Kanton Schwyz heute in Bern etwas zu



Viererticket für die Nationalratswahlen. Die Kantonsräte Heinz Theiler (von links), Doris Kälin, Dominik Zehnder und Nationalrätin Petra Gössi steigen für die FDP.Die Liberalen des Kantons Schwyz in den Wahlkampf.

BILD: PETER KOHLER

sagen hat», meinte denn auch Wahlkampfleiter Martin Wipfli (Feusisberg). Seitens der Ortsparteien wurden in den letzten Wochen nebst Petra Gössi mit den drei amtierenden FDP-Kantonsräten Dominik Zehnder (Bäch) und Heinz Theiler (Goldau) sowie mit alt Kantonsratspräsidentin Doris Kälin (Einsiedeln) bereits drei mögliche Kandidaten für die FDP-Liste bekannt. Diese wurden am Dienstagabend von den Delegierten

auch erwartungsgemäss nominiert. Die FDP.Die Liberalen des Kantons Schwyz steigen somit Unternehmens- und Gewerbe-nahe Kandidaten, die auch durch ihre Herkunft den ganzen Kanton abdecken, in den Wahlkampf. Für die Ständeratswahlen will die FDP.Die Liberalen ihren Entscheid noch abwarten. Die Delegierten akzeptierten den entsprechenden Antrag, die allfällige Nomination auf die nächste DV zu verschieben.

Präsidialwort von Petra Gössi

# Weichen für die Schweiz werden gestellt – jetzt für ein bürgerliches Parlament kämpfen

Am 18. Oktober 2015 stehen wegweisende Wahlen an. Wir haben die Möglichkeit, ein bürgerlicheres Parlament zu wählen. Nicht eines, wie wir es aus der laufenden Legislatur kennen. Dazu müssen wir aber unsere Stimme erheben und zeigen, für welche Anliegen wir einstehen und weshalb wir es wert sind, gewählt zu werden. In der kommenden Amtsperiode stehen gewichtige Entscheide an, die die Ausrichtung der Schweiz für die nächsten Jahrzehnte wesentlich prägen. Ich denke hier an die Energiestrategie 2050, an die Altersvorsorge 2020 oder an die Umgestaltung des Finanz- und Werkplatzes Schweiz, welcher seit der Finanzkrise im 2008 volle Fahrt aufgenommen, zwischenzeitlich das Bankgeheimnis zu Fall gebracht hat und aktuell auf eine elektronische Überwachung sämtlicher Bankkonti zusteuert.

Der Souverän hat sich in der Sachpolitik bereits nach rechts bewegt. Während die Volksinitiative «Gegen die Abzockerei» am 3. März 2013 noch mit einem stattlichen Mehr von 68 Prozent angenommen wurde, bröckelt seither zu meiner grossen Freude die Zustimmung zu klar linken Anliegen. Am deutlichsten zeigte das die letzte Abstimmung, als die unsägliche «Energie- statt Mehrwertsteuer-Initiative» mit einer historisch tiefen Zustimmung von 8 Prozent versenkt wurde und die «Initiative für steuerfreie Kinderzulagen» chancenlos war. Im Nachhinein lässt sich festhalten, dass diese Trendwende bereits mit der Ablehnung der «Mindestlohn-Initiative» und der «1:12 – Für gerechte Löhne»-Initiative sichtbar wurde.

Damit der Souverän von bürgerlichen Parteien und Verbänden nicht immer wieder aufgefordert werden muss, die Entscheide des Parlamentes zu korrigieren, ist es notwendig, dass das Parlament die liberale und bürgerliche Ausrichtung der Bevölkerung widerspiegelt. Das aktuelle Referen-



dum gegen die neue Billag-Steuer ist diesbezüglich ein Paradebeispiel: Diese Abstimmung hätten wir uns sparen können, hätte die Parlamentsmehrheit von vornherein eine unternehmerfreundliche und liberale Politik betrieben.

Im Kanton Schwyz können wir mit einer sehr starken Nationalratsliste in den Wahlkampf starten. Unsere vier Kandidatinnen und Kandidaten stehen mit ihren Berufen und einer klar libe-

ralen Einstellung stellvertretend für viele Schwyzerinnen und Schwyzer. Deshalb werden wir authentisch und glaubwürdig auftreten können. Wir überzeugen mit einer fundierten und ehrlichen Sachpolitik, die sich nicht nach egoistischen Individualinteressen richtet, sondern die Werte des Kantons Schwyz achtet und diese sorgsam in die heutige Zeit überträgt. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, dass der Kanton Schwyz auch in Zukunft

so bleibt, wie er heute ist: sparsam, aber dennoch den sozialen Verpflichtungen gegenüber Kindern und alten und schwachen Personen bewusst; fleissig, eigenständig und gleichzeitig solidarisch gegenüber den Schwyzer Gemeinden und den anderen Kantonen; die Ressourcen wachsam und zur Natur Sorge tragend und vor allem eigenverantwortlich und den Gemein-sinn im Alltag widerspiegelnd.

Damit wir weiterhin Sorge dazu tragen können, dass diese Werte in der Politik vertreten sind, benötigen wir Ihre Unterstützung. Der Wahlkampf nimmt langsam Fahrt auf und wird mit Ende der Sommerferien in die heisse Phase treten. Bitte vergessen Sie nicht, dass wir nur mit Ihrer Unterstützung erfolgreich sind! Bitte melden Sie sich bei unserem Wahlkampfleiter Martin Wipfli, wenn Sie uns in irgendeiner Art unterstützen wollen und können. Wir werden es Ihnen mit einer nachhaltigen liberalen Politik verdanken.

Wir haben in wenigen Jahren freiwillig sehr viele Freiheiten aufgegeben. Es ist nun an der Zeit, auch hier die Trendwende einzuläuten. Der nächste Angriff auf unsere Freiheit lauert in der «Erb-schaftssteuer-Initiative», über welche wir am 14. Juni 2015 abstimmen und die wir unbedingt mit einer starken Ablehnung versenken müssen. Aber auch dafür müssen wir uns einsetzen. Auch dieses Ziel können wir nur gemeinsam erreichen. Ohne die Bereitschaft zu kämpfen, können wir nicht gegen unsägliche, linke Initiativen und für ein bürgerliches Parlament Erfolge verbuchen!

Ich freue mich auf die kommenden Monate und bin zusammen mit Dominik Zehnder, Doris Kälin und Heinz Theiler und natürlich Ihnen allen bereit, für eine starke liberale Politik zu kämpfen!

**Mit herzlichen Grüssen,  
Ihre Petra Gössi**

Der freie Markt sorgt für Medienvielfalt

## «Wir brauchen keine Staatssender!»

**Immer mehr Persönlichkeiten sprechen sich für die Initiative zur Abschaffung der Billag-Zwangsgebühren aus. Nachdem SGV-Direktor Hans-Ulrich Bigler im «Schweizerzeit»-Magazin Sympathien für die No-Billag-Initiative geäussert hatte, doppelt nun Unternehmer und FDP-Kantonsrat Dominik Zehnder, Freienbach SZ, nach, der für einen freien Medien-Wettbewerb plädiert.**

### Laura Calendo

*Finden Sie es gut, dass der Staat Zwangsgebühren eintreibt, um einen Staatssender zu finanzieren?*

Nein, denn es handelt sich beim Fernsehen um ein Instrument der Macht. Wer ein faktisches Monopol über die Auswahl und Verbreitung von Nachrichten oder allgemein von Information hat, besitzt beinahe unbegrenzte Macht. Deshalb darf dem Staat dieses Instrument nicht gegeben werden. Bei jedem anderen Medium – ganz egal ob Zeitung oder Internet – spielt der freie Markt ja auch. Der Staat hat in der Informationsverbreitung nichts zu suchen.

*Gilt dies uneingeschränkt?*

Nein, natürlich besteht ein berechtigtes Bedürfnis des Staates, in bestimmten Fällen direkt mit der Bevölkerung zu kommunizieren. Doch könnte er die dazu benötigte Zeit auch auf dem freien Markt einkaufen oder sich vorher vertraglich zusichern lassen. Dazu braucht es aber in einer freiheitlichen Wirtschaft keinen Staatssender.

### No-Billag-Initiative der bürgerlichen Jungparteien

*Die Programme der SRG mit ihren 8 Fernseh- und 18 Radiostationen werden mit Zwangsgebühren finanziert. Die Billag treibt jährlich über 1,3 Milliarden Franken ein. Davon erhält die SRG rund 96 Prozent. Befürworten Sie die Abschaffung der Billag-Gebühren, so wie es die bürgerlichen Jungparteien fordern?*

Ja absolut. Es ist ein Glücksfall, dass die bürgerlichen Jungparteien weniger Berührungspunkte kennen als die etablierten Parteien. Es ist ein wichtiger und notwendiger Kampf für die ur-

liberalen Werte der Schweiz. Es ist auch ein Kampf gegen verkrustete Institutionen und alte Zöpfe, die aus einer anderen Zeit stammen.

Da die bürgerlichen Jungparteien beim schweizerischen Staatssender keine politische Plattform erhalten, haben sie bei einer Verstimmung des Quasi-Monopolisten vom Leutschenbach auch nichts zu befürchten – dies im Gegensatz zu den etablierten Politikern. Es wundert mich eigentlich, weshalb die sonst so Macht- und Establishment-kritische Jusos bei diesem Kampf nicht mitmacht.

### Freier Medienmarkt

*Gegner der No-Billag-Initiative argumentieren, dass die Qualität der Sendungen abnehmen würde, wenn es nur noch Privatsender gäbe. Was halten Sie von diesem Argument?*

Die Dienstleistungen der Informationsverbreitung und der Unterhaltung kann mindestens so gut von Privaten erbracht werden wie von einer staatlich kontrollierten Institution. Dies kann man am Beispiel der Printmedien sehen. Das Angebot passt sich rasant der sich ändernden Nachfrage an. Deshalb ist das Angebot aber nicht schlechter geworden.

Der freie Markt erlaubt, unterschiedliche Nutzung unterschiedlich anzubieten und die Konsumenten unterschiedlich dafür bezahlen zu lassen – beispielsweise durch Werbung, Abonnements oder Angebotstiefe. Der freie Markt garantiert Artenvielfalt. Auch beim Fernsehen würde der freie Markt zu einem differenzierteren Angebot führen. Wettbewerb fördert stets Qualität. Es gibt nur ganz wenige Bereiche, in denen der Staat besser geeignet ist, eine Dienstleistung zu erbringen, als die Privatwirtschaft. Die-



Dominik Zehnder

se beschränken sich auf gewisse hoheitliche Aufgaben wie zum Beispiel das Militär, die Polizei oder die Justiz.

*Führt ein freier Markt nicht zu einem Verdrängungskampf, wo je länger je mehr Gleiches angeboten wird?*

Wenn es der Markt so will und dafür bezahlt, dann sei es so. Dieser Fall ist aber bisher noch nirgends eingetreten, weder beim Radio noch in der Autoindustrie, noch sonst irgendwo. Entscheidend ist, dass der Markt nicht durch Zwangsgebühren verfälscht wird respektive ich als Konsument nicht etwas finanzieren muss, das ich weder bestellt habe noch benutze.

### Unabhängigkeit der Berichterstattung

*Denken Sie, dass ein Staatssender neutral und ohne politische Färbung senden kann?*

Jeder Mensch, der etwas erzählt, tut dies aus seinem Blickwinkel. Somit ist jede Berichterstattung subjektiv gefärbt – bewusst oder unbewusst. Daher ist auch kein Medium neutral. Das ist auch in Ordnung so. Nur sollte dies entsprechend deklariert sein. Es gibt weder eine objektive «WoZ», noch eine neutrale «Weltwoche». Auch die

NZZ und der Tagi, ja sogar das «Höfner Volksblatt» haben eine politisch gefärbte Berichterstattung.

*Ist es noch zeitgemäss, einen «Service Public» anzubieten?*

Was verstehen Sie unter «Service Public»? Verstehen Sie darunter Nachrichtensendungen oder Casting Shows, alte Spielfilme oder Sportsendungen? «Service Public» ist ein schwammiger Begriff. Höchst wahrscheinlich gehört aber Unterhaltung wie Sport, Musik und Filme nicht dazu. Meines Erachtens kann der «Service Public» im Fernsbereich durchaus auch nur durch Private erbracht werden.

### Verfassungswidrig

*Handelt es sich beim Billag-Zwang um eine versteckte Steuer?*

Ja, nur versteckt ist sie nicht. Typisches Merkmal von Steuern ist, dass sie bei allen, also privaten und juristischen Einwohnern erhoben werden – unabhängig davon, ob eine Dienstleistung in Anspruch genommen wird. Letztlich handelt es sich beim Eintreiben um einen hoheitlichen Akt, dem man sich unter Androhung strafrechtlicher Konsequenzen auf zivilem Weg nicht entziehen kann.

*Wieso spricht dann der Bund immer von «Gebühren»?*

Der Grund, weshalb sich der Bundesrat derart verdreht, um diese Zwangsgebühren als Abgaben und nicht als Steuer zu deklarieren, ist, dass ihm für eine Steuer die verfassungsmässige Grundlage fehlt. Wenn uns dann noch versprochen wird, dass diese Steuer auch mittelfristig nicht angehoben werde, und ich auf die kontinuierlich steigende Preisentwicklung der Billag-Abgaben der letzten zwanzig Jahre schaue, dann sehe ich unweigerlich die Nasen der Bundesräte vor meinem geistigen Auge, wie sie Pinocchio-gleich länger und länger werden ...

*Besten Dank, Herr Zehnder, für das Gespräch.*